

ANALYSE

ARMUT IN POLEN

Auf der internationalen Tagung «Ein würdiges Leben – gegen Armut und die Zerstörung der natürlichen Umwelt», die Ende November 2011 in Warschau stattfand und durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert wurde, kam es zu einer Belebung der Diskussion um die Armut in Polen und die Möglichkeiten, sie zu bekämpfen.

Ausgangspunkt war die Diagnose, die im Bericht von «Social Watch» im Zusammenhang mit dem zurückliegenden Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung vorgelegt wurde. Die Diskussion unterstrich die Notwendigkeit der weiteren Arbeit an einer sachlichen Bestandsaufnahme der gesellschaftlichen Situation, da in der Flut von einzelnen Statistiken die Gefahr besteht, dass ein genaues Bild dieser Situation eher verwässert wird. Bei den meisten Ausarbeitungen zu diesem Thema überwiegt ein bereits vorher festgelegter optimistischer Grundton, denn die Erfolge auf der makroökonomischen Ebene sollen nicht in Frage gestellt werden. Eigentlich wird in der Tendenz alles dem Wachstum des BIP pro Kopf, bei dem Polen im Vergleich zu anderen EU-Ländern durchaus achtbar abschneidet, untergeordnet.

Dabei ist die Armut und die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich nicht nur eine Tatsache, die Mitleid erforderlich macht, sondern vor allem ein Faktor von ungleichgewichtiger Entwicklung – sowohl der wirtschaftlichen als auch ökologischen. Eine Analyse des Armutproblems, der sozialen Ausgrenzung und der sozialen Spaltung der Gesellschaft muss die Schwierigkeit berücksichtigen, die durch das Fehlen umfassender Untersuchungen hervorgerufen wird. Viele Aspekte, wie etwa der Mangel an Zugang zur Energieversorgung, zu kulturellen Angeboten oder die geringer werdenden medizinischen Leistungen müssten sehr viel stärker untersucht werden vor dem Hintergrund der einzelnen Haushalte.

Nr. 4 / Dezember 2011

Inhalt

<u>ANALYSE</u>	
ARMUT IN POLEN	1
NACHBARSCHAFTSPOLITIK UND ÖSTLICHE PARTNERSCHAFT	3
POLENS AUßENMINISTER SIKORSKI FÜR VERTIEFTE EU-INTEGRATION	6
VIEL LÄRM UM NICHTS?	7
KROATIEN WÄHLT DEN WANDEL	9
<u>BERICHTE</u>	
PRAXIS. KRITIK UND HUMANSITISCHER SOZIALISMUS	11
WAS IST LINKS IN OSTEUROPA?	12
ATOMENERGIE - DIE GRETCHENFRAGE DER BULGARISCHEN LINKEN	15
SICHERHEIT UND STABILITÄT IN ZENTRALASIEN	17
ПОМНИМ – ERINNERN	19
<u>ZUM NACHLESEN</u>	19
Kontakte und Impressum	20

Objektive Faktoren der Verarmung in der Gesellschaft

Eines der grundlegenden Maße für Sozialpolitik ist der Anteil von ausgegebenen Haushaltsmitteln am Bruttoinlandsprodukt. Für die Jahre 2009 und 2010 beträgt dieser Anteil in Polen lediglich 21 Prozent, womit das Land unter den EU-Mitgliedern am Ende der Skala steht. Während Frankreich z.B. 61 Prozent ausgibt, Deutschland 49 Prozent, Großbritannien und Nordirland 41 Prozent, kommt von den alten EU-Mitgliedern nur Irland mit lediglich 33,4 Prozent fast in die Nähe Polens. Unter den 2004 bzw. 2007 beigetretenen und mit Polen vergleichbaren Ländern sieht es so aus: Estland 46 Prozent, Ungarn 43 Prozent, Tschechien 41 Prozent, Litauen 36 Prozent, Lettland 36 Prozent, Slowakei 34 Prozent,

Rumänien 32 Prozent. Der Durchschnitt aller EU-Mitglieder beträgt übrigens 34 Prozent. Noch 1994 wurden in Polen 50 Prozent des BIP ausgegeben, 1997 immerhin noch 48 Prozent. Damals hatte Westeuropa einen Durchschnittswert von 48 Prozent.

Da die Höhe dieser Ausgaben unmittelbar gebunden ist an sozialpolitische Verpflichtungen der öffentlichen Hand, kann hieran sehr gut das allgemeine Niveau der öffentlichen Wohlfahrt abgelesen werden. Polen ist also ein Land, welches im Zusammenhang mit einem auffallenden Wirtschaftswachstum seine Ausgabenpolitik systematisch diszipliniert hat – und zwar vor allem auf Kosten der öffentlichen Fürsorge und der vorbeugenden Armutsbekämpfung.

Ein Höhepunkt auf diesem Weg war die 2006 erfolgte Erhöhung der Untergrenzen für die Berechtigten von Sozialhilfe. Wie die mit der neuen Regierungsbildung im November 2011 auf dem Amt geschiedene Arbeits- und Sozialministerin Jolanta Fedak vor einigen Wochen auf einer Pressekonferenz mitgeteilt hat, stiegen zur selben Zeit die notwendigen Lebenshaltungskosten um 40 Prozent. Dennoch fiel wegen der bürokratisch vorgenommen und haushaltspolitisch begründeten Heraufschraubung der Untergrenzen die Zahl von Menschen, die zur Sozialhilfe berechtigt waren, dramatisch nach unten.

In der liberalen Theorie führen geringere Haushaltsumläufe der öffentlichen Hand zu einer Zunahme von wirtschaftlichen Aktivitäten unter der Bevölkerung und letztlich zu einem Anwachsen von Wohlstand. Sowohl Beschäftigung als auch das durchschnittliche Haushaltseinkommen müssten nach dieser Theorie zunehmen. Für Polen ist aber festzuhalten, dass die Arbeitslosenquote mit durchschnittlich 10 Prozent gleich geblieben ist. Das Wirtschaftswachstum fand also ohne eine Zunahme von Beschäftigung statt. Die wirtschaftliche Aktivität in der polnischen Gesellschaft hat ebenfalls keine auffallende Belebung erfahren.

Bei den Einkommen sei hier auf die offiziellen Daten verwiesen. Der statistische Durchschnittslohn betrug im 2. Quartal 2011 brutto 3.573,27 PLN (netto etwa 2.555 PLN – ca. 563 EUR). Zehn Prozent aller Beschäftigten bekommen den Min-

destlohn, also brutto 1.386 PLN (netto etwa 1.032 PLN – ca. 227 EUR). Noch für 2007 wurde offiziell eingeschätzt, dass nur zwei Prozent der Beschäftigten lediglich Mindestlohn erhielten. In dieser kurzen Zeit ist also der Anteil von Beschäftigten mit dem minimalen gesetzlich vorgeschriebenen Lohn um das fünffache gestiegen.

Nach Angaben des Finanzministeriums für das Jahr 2009 gab es in ganz Polen 750.000 Personen, die im Jahr zwischen 50.000 und 85.000 PLN verdienten, also im Monat zwischen 3.000 und 5.180 PLN. Das waren nur drei Prozent aller Steuerzahler (insgesamt 25 Millionen). Aber selbst das ist mitunter eine relative Größe: Eine Familie mit zwei Kindern, in der nur ein Elternteil arbeitet, würde bei einem Bruttojahreseinkommen von 50.000 PLN pro Monat 750 PLN pro Kopf zur Verfügung haben. Statistisch wurde 2010 am häufigsten ein Gehalt von brutto 1.530 PLN ausgezahlt. Regierungsseitig wird meistens mit Stolz oder Zufriedenheit auf die zunehmende Konsumfreudigkeit verwiesen. Allerdings geht diese Tendenz mit einer zunehmenden Verschuldung der polnischen Konsumenten bei den Banken einher. Aktuell sind 17 Prozent aller Polen Raten-Verpflichtungen eingegangen, die 50 Prozent ihres Haushaltseinkommens übersteigen.

Faktoren, aus denen sich zunehmende Armut in Polen speist, sind also zum einen die spürbare Preiserhöhung grundlegender Lebensmittel. Zugleich gibt es trotz umfangreicher EU-Fördermittel nur im geringen Maße eine Erweiterung von Arbeitsmöglichkeiten. Das betrifft insbesondere Industriearbeitsplätze, eine Erscheinung, die auch in vielen anderen Teilen Europas bekannt ist. Die Einkommen bewegen sich am unteren Rand, es gibt eine Zunahme des Anteils der Einkommen auf dem Niveau des gesetzlichen Mindestlohns.

Besonders schwierig ist die Frage eines kostengünstigen Zugangs zu medizinischen Betreuung, die Frage des Bildungswesens, in der immer mehr Bereiche ohne Unterstützung der öffentlichen Hand bleiben, die zunehmenden Kosten für Transport, was vor allem wichtig ist für die Frage der Mobilität von Arbeitskräften. Außerdem spielt der Wohnungsmarkt eine wichtige Rolle in einem Land, in dem der soziale Wohnungsbau ein stiefmütterliches Dasein pflegt. Alles diese Er-

scheinungen treffen auf ein schwach ausgebautes System der Sozialhilfe. Ohne die ausreichende Unterstützung durch die öffentliche Hand lässt sich auf diesem Gebiet aber kaum positive Veränderung erhoffen.

Nach außen vertritt die Regierung Polens gerne ein Bild, bei dem in Polen die meisten Bürger ihr Schicksal vollständig in die eigenen Hände genommen haben und erfolgreich den Weg des Landes beim wirtschaftlichen Aufholprozess begleiten könnten. Seit Jahren gibt es regierungsseitig in Polen die Überzeugung, dass Polen nicht mehr den altgewordenen Sozialstaatsmodellen – wie in Deutschland, Frankreich oder in den skandinavischen Ländern – nachfolgen könne, weil die wirtschaftliche Entwicklung absolute Priorität haben müsse. Erst wenn dieser Prozess seinen Abschluss gefunden habe, könne das erlegte Fell erledigt werden. Damit aber sperrt sich Polen vor dem in der EU erreichten Durchschnitt an Sozialpolitik und drückt in seiner aktiven Politik weiter auf die Absenkung des bisher erreichten Niveaus.

Piotr Ikonowicz

*Verein «Kanzlei für soziale Gerechtigkeit», ehemaliger
Sejm-Abgeordneter, Experte für Sozialpolitik*

NACHBARSCHAFTSPOLITIK UND ÖSTLICHE PARTNERSCHAFT

Wie entwickelt sich die Osteuropa-Politik der Europäischen Union?

Als die Europäische Union 2004 acht mittel- und osteuropäische Staaten in ihre Gemeinschaft aufnahm, bedeutete das eine neue Grenzziehung und die Teilung Osteuropas in zwei Staatengruppen. Denn mit der Aufnahme neuer Mitglieder und den Verhandlungen mit Bulgarien und Rumänien fiel auch die Entscheidung gegen einen Beitritt der Ukraine, Belarus und Moldaus. Gleichzeitig rückten infolge der Ausdehnung der EU-Grenzen die neuen Nachbarn und die drei Länder des Südkaukasus stärker in das Blickfeld der europäischen Eliten. In welchen Kooperationsformen gestaltet sich seitdem die Osteuropa-Politik der Europäischen Union? Dieser Beitrag soll in aller Kürze Ziele und Umsetzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Ostpartnerschaft diskutieren. Wo ihre Grenzen liegen,

soll insbesondere das Beispiel der Ukraine zeigen.¹

Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Die wichtigste Strategie der EU, um seit der Erweiterung ihre Interessen in Osteuropa voran zu treiben, ist die Europäische Nachbarschaftspolitik, kurz ENP. Im Rahmen der ENP werden gemeinsame Ziele zwischen der EU und den einzelnen Ländern vereinbart, die in mehrjährigen Aktionsplänen umgesetzt werden sollen. Die ENP basiert primärrechtlich auf der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), auf der Assoziierungspolitik der EG und seit dem Lissabon-Vertrag auch auf Artikel 8 EUV [Nachbarschaftspolitik]. Das EU-Recht bietet allerdings einen großen Spielraum für die politische Ausgestaltung, die weitgehend in den Händen der Europäischen Kommission und des zuständigen Kommissars Štefan Füle liegt.²

Eine besondere Problematik der Europäischen Nachbarschaftspolitik liegt in ihrer geografischen Ausdehnung auf insgesamt 16 Länder. In ihr werden die *europäischen* Länder Ukraine, Belarus und Moldau sowohl mit den Ländern des Südkaukasus als auch mit *nichteuropäischen* Ländern in Nordafrika und im Nahen Osten in einer Politik zusammengefasst. Dass den osteuropäischen Ländern keine herausgehobene Rolle zugestanden wurde, geht auf einen mitgliedersstaatlichen Konflikt im Vorfeld der Osterweiterung zurück.

Die westeuropäischen Mittelmeeranrainer fürchteten, dass besondere Beziehungen nach Osteuropa das innereuropäische Machtgewicht zugunsten Deutschlands und der neuen Beitrittsländer verschieben könnten. Sie setzten deshalb durch, dass ihre Einfluss-Sphäre – die Länder Nordafrikas und des Nahen Osten – in die neue Politik mit einbezogen wurde.

¹ Die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten werden massiv von den Beziehungen zwischen der EU und Russland beeinflusst. Diese Beziehungen werden in einem anderen Beitrag auf dieser Website behandelt. Sie bleiben deshalb an dieser Stelle unberücksichtigt.

² Vgl. Katrin Böttger: Die Entstehung und Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, Baden-Baden 2010, S. 61f.

Im Fall der osteuropäischen Staaten ist die ENP vor allem eine Nichtbeitrittspolitik. Sie ist die Antwort des europäischen Hegemons auf die Herausforderung, die politischen Eliten dieser Länder zu einer Anpassung an seine eigenen Normen und Werte zu motivieren, ohne eine Beitrittsperspektive zu eröffnen. Dabei sind Erweiterung und ENP zwei Seiten ein und derselben Medaille: Auf beide wird das Konzept der *Good Governance* angewandt; in beiden Fällen ist Konditionalität die wichtigste Grundlage der Kooperation. Zuspitzen lässt sich die Politik der EU auf die Losung des ehemaligen Kommissionspräsidenten Prodi «Alles außer Institutionen». Wie die Länder der Erweiterung sollen sich auch die ENP-Länder dem *Acquis Communautaire*, den gemeinsamen Besitzstand der Union, annähern. Im Gegensatz zu jenen erhalten sie aber keinerlei Mitsprache in den europäischen Institutionen.³

Neben der Anpassung an eigene Normen verfolgt die EU mit der ENP das Ziel, einen wirtschaftsfreundlichen und politisch stabilen Raum in ihrer Nachbarschaft zu schaffen. Die verschiedenen Ziele der EU gehen dabei weitgehend Hand in Hand miteinander: Ein demokratischer Rechtsstaat, eine neoliberale Marktwirtschaft und politische Stabilität entsprechen sowohl den Werten der EU als auch ihrem Interesse an einem günstigen Investitionsklima in ihren Nachbarstaaten. Doch sie können auch in Konfrontation miteinander geraten: Ein schlanker Staat, wie ihn die ENP propagiert, kann keinen Ausgleich bei sozialen Konflikten schaffen; letztlich setzt er die politische Stabilität aufs Spiel. Indem die ENP auf die Beschränkung staatlicher Regulierung drängt oder im Namen der Stabilität autoritäre Systeme unterstützt, reduziert sie gesellschaftliche Teilhabe und schafft Demokratiedefizite.⁴ Was der europäischen Wirtschaft nützt, beschädigt den in der EU herrschenden Werte-Konsens.

Im Rahmen der ENP, aber auch darüber hinaus, unternimmt die EU Maßnahmen der Europäischen Union zur Prävention und Bearbeitung regionaler Konflikte in den östlichen ENP-

Ländern. Die EU unterhält derzeit eine Beobachtungs-Mission in Georgien und eine Mission zur Grenzüberwachung zwischen Moldau und der Ukraine. Die Bilanz der europäischen Konfliktbearbeitung in den osteuropäischen Ländern ist bisher ambivalent: Die Vermittlung der EU konnte weder den Georgien-Krieg verhindern noch die eingefrorenen Konflikte um Transnistrien und Nagorny Karabach lösen. Gleichzeitig wird jedoch von vielen Seiten betont, dass die EU mit vertrauensbildenden Maßnahmen und der Förderung von Kooperation in weniger strittigen Bereichen zur Entschärfung der Nationalitätenkonflikte beigetragen habe.

Die Östliche Partnerschaft

Die Östliche Partnerschaft wurde 2009 auf Betreiben Polens und Schwedens ins Leben gerufen. Mit der Konzentration auf die sechs osteuropäischen ENP-Länder wurde ein Äquivalent zur Mittelmeerunion geschaffen und der Versuch gemacht, den Geburtsfehler der ENP, nämlich ihre Undifferenziertheit, zu überwinden. Doch die Erwartungen an die Östliche Partnerschaft waren von Anfang an minimal, und nach mehreren Jahren steht das Projekt weiterhin im Schatten der ENP. Sein Stellenwert bemisst sich auch an den vorgesehenen Fördermitteln. Bis zum Jahr 2013 können gerade einmal 600 Millionen Euro für Projekte in den so genannten «Partnerländern» ausgegeben werden. Zum Vergleich: Der ENP stehen für den aktuellen Förderzeitraum etwa 12 Milliarden Euro zur Verfügung.

Noch stärker als die ENP wird die Östliche Partnerschaft von den unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten und von aktuellen Konflikten geprägt. Sie ist ein Kind der mittel- und osteuropäischen EU-Mitglieder und erhielt daher insbesondere während der polnischen Ratspräsidentschaft 2011 ein hohes Maß an europäischer Aufmerksamkeit. Der jeweilige Zustand der Östlichen Partnerschaft lässt sich auch an den bisherigen beiden Gipfeltreffen ablesen. Blieben 2009 nicht wenige Staats- und Regierungschefs dem Treffen fern, waren zwei Jahre später fast alle anwesend. Die Streitigkeiten zwischen der EU und Belarus, die schon den ersten Gipfel belastet hatten, weiteten sich 2011 so sehr aus, dass sie die gesamte Berichterstattung zum Gipfel prägten.

³ Hierzu ausführlich Martin Brand: Die Europäische Nachbarschaftspolitik – Ein neoliberales Projekt? In: UTOPIE kreativ, H. 217 (November 2008), S. 1001ff.

⁴ Vgl. ebenda, S. 1005.

Die Östliche Partnerschaft basiert weitgehend auf multilateraler Kooperation. Indem dabei auch die Kooperation der Länder untereinander gefördert wird, sollen die jeweiligen Sonderbeziehungen zu Russland aufgebrochen werden. Vom multilateralen Ansatz erhofft sich die EU zudem einen «mobilisierenden Effekt» auf die osteuropäischen Regierungen, d.h. wie bei der ENP gibt es Ziele, für deren Umsetzung die Länder in eine Art Wettlauf miteinander treten. Die dafür vereinbarten Reformfelder sind Demokratie und politische Stabilität, wirtschaftliche Integration, Energiesicherheit und Völkerverständigung.

Als Anreiz soll Kooperationsangebote auf bilateraler Ebene wirken. Dazu gehört unter anderem die finanzielle Unterstützung politischer Reformen. Weitaus größere Relevanz für die osteuropäischen Länder haben allerdings Versprechen zum Abschluss von Assoziierungs- und Freihandelsabkommen und die Aussicht auf Visaliberalisierung, wobei letztere in der Regel in einem Atemzug mit Rückführungsabkommen genannt wird. Die EU hebt immer wieder hervor, dass die Vereinbarungen partnerschaftlich entstehen und dass sie die spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Länder anerkennt. Doch wie bei der ENP wird auch bei der Östlichen Partnerschaft vielfach kritisiert, dass es in der Realität einen undifferenzierten, von der EU vorgelegten Plan für alle Partnerländer gibt.

Die EU und die Ukraine

Als besonders relevant für die EU gelten die Beziehungen zu ihrem größten osteuropäischen Nachbar, der Ukraine. Enge Kooperation soll die Ukraine an die Werte der EU heranführen und – auch aus sicherheitspolitischen Motiven heraus – verhindern, dass sich die Ukraine dem russischen Machtblock annähert. Dafür reicht die bisherige Integration in europäische Abkommen jedoch bei weitem nicht aus.

Die Ukraine wehrt sich seit Beginn der ENP gegen die in ihren Augen irreführende Bezeichnung als «Nachbar» oder «osteuropäischer Partner» der Europäischen Union, werden damit doch ihre Ambitionen auf eine EU-Mitgliedschaft dauerhaft negiert. Die Ukraine hat schon seit Mitte der 90er Jahre immer wieder ihr Beitrittsinteresse gegenüber der EU artikuliert, doch die Kooperation ging

nie über ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) hinaus. Zu groß ist unter den europäischen Akteuren die Sorge vor den wirtschaftlichen Kosten eines EU-Beitritts der Ukraine; auch gegenüber der Bevölkerung erscheint eine erneute Erweiterung derzeit nicht durchsetzbar.

Bis heute hallen zudem die Fehler der EU in den Folgejahren nach der Orangen Revolution nach. Die Wahl einer demokratischen, europaorientierten Regierung gab der EU damals die einzigartige Chance, die Rechtsstaatlichkeit der Ukraine voranzutreiben. Doch zum einen war der langfristige Aktionsplan der ENP in keiner Weise auf die unerwartete demokratische Entwicklung in der Ukraine zugeschnitten. Zum anderen war die EU überfordert mit einer dysfunktionalen, zerstrittenen Regierung. Sie zögert deshalb, den Pluralismus in der Ukraine weiter zu stärken und deutliche Haltelinien gegen das Aufkommen eines autoritären Überwachungsstaats zu formulieren.⁵

Seit 2007 wird über ein Assoziations- und Freihandelsabkommen mit der Ukraine verhandelt, doch die Anpassungsbereitschaft der Ukraine ist seit der Rückkehr Wiktor Janukowytschs immer weiter gesunken. In welcher Zwickmühle die Ukraine-Politik der EU heute steckt, zeigten insbesondere die Reaktionen auf die Verurteilung Julia Timoschenkos. So äußerte sich die EU plötzlich erschüttert über die Erosion des Rechtsstaats in der Ukraine und drohte, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen auszusetzen. Doch dieses Abkommen steht nicht wirklich zur Disposition, denn die Aussicht, dass die Ukraine sich stattdessen einer Zollunion mit Russland anschließen könnte, steht im allzu offensichtlichen Widerspruch zu den Interessen der EU-Staaten.

Fazit

Sowohl ENP als auch Östliche Partnerschaft scheitern an der Ambivalenz der EU in der Frage des EU-Beitritts. So war nach dem Timoschenko-Urteil aus EU-Kreisen auch vielfach zu hören, die Ukraine versperre sich den Weg nach Europa.

⁵ Vgl. Mykola Riabchuk: Tymoshenko: Wake-up call for the EU, in: Eurozine vom 28.10.2011, S. 1ff.

Doch welche Wirkung hat eine solche Drohung, wenn es nicht einmal eine langfristige Integrationsperspektive gibt? Darüber hinaus leidet die Kooperation an einem erheblichen Glaubwürdigkeitsproblem der EU: Zu oft schon mussten Rufe nach Rechtsstaatlichkeit hinter der Sicherung der europäischen Gasversorgung oder dem gemeinsamen Kampf gegen Terrorismus zurückstehen.

Diese falschen Prioritäten der Osteuropapolitik spiegeln sich in den Schwerpunkten der europäischen Nachbarschaftsstrategie wider. Sie stellt entgegen der partnerschaftlichen Rhetorik nicht die Themen und Interessen der Partner in den Mittelpunkt, sondern vor allem die der EU selbst. Welche das sind, zeigt beispielsweise eine Kommunikation der Europäischen Kommission vom September 2011, in der der Ausbau der innenpolitischen Kooperation forciert wird. Schwerpunkte sind unter anderem Grenzmanagement, Asyl und organisiertes Verbrechen.⁶

Die EU betont, dass immerhin ein Großteil der Mittel für die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bereit gestellt werden, und ENP und Ostpartnerschaft haben in der Tat viele sinnvolle Projekte auf den Weg gebracht. Doch die dahinterstehende Idee der externen Demokratisierung ist nicht unumstritten. Insbesondere die direkte Kooperation mit der Zivilgesellschaft wird von vielen Ländern als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten empfunden. Vielfach kritisiert wird auch die im Entstehen begriffene Europäische Stiftung für Demokratie (EED). Zu offensichtlich ist die Verbindung zwischen Demokratieförderung und der Umsetzung europäischer Interessen.

Dient Demokratieförderung jedoch tatsächlich nur als Rechtfertigung für eine starke Konditionalität, mit deren Hilfe die neoliberale Hegemonie der EU ausgeweitet werden soll, wird die EU-Nachbarschaftsstrategie auf Dauer nicht erfolgreich sein. Zudem müssten zukünftig auch soziale Fragen wie die Schaffung von Arbeit und die solidarische Absicherung gesellschaftlicher Risiken Eingang in europäische Aktionspläne und Fortschrittsberichte halten. Denn nur wenn sie

über den unmittelbaren Demokratieansatz hinaus gehen, können ENP und Östliche Partnerschaft nachhaltige Verbesserungen in den osteuropäischen Ländern erzielen und langfristig eine Partnerschaft auf Augenhöhe ermöglichen.⁷

*Anna Striethorst,
wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro Brüssel der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

POLENS AUßENMINISTER SIKORSKI FÜR VERTIEFTE EU-INTEGRATION

Ende November 2011 war Polens Außenminister Radosław Sikorski in Berlin zu Gast in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Dort hielt er im Beisein seines bundesdeutschen Amtskollegen eine europapolitische Rede, die international Aufsehen erregte. Sikorski erklärte nämlich, angesichts der tiefen Euro-Krise habe er diesmal keine Angst vor einem ernsthaft handelnden, sondern vor einem tatenlosen Deutschland. Sikorski verstand seinen Redebeitrag auch als wichtige Botschaft am Ende der polnischen EU-Ratspräsidentschaft.

Die Europäische Union stehe am Rande des Abgrunds, so das eindeutige Urteil des Außenministers. Falle der Euro, falle höchstwahrscheinlich auch die Europäische Union. Deutschland sei das entscheidende Mitgliedsland, um den Euro zu retten. Nicht der Terrorismus, keine russischen Raketen seien die große Gefahr für die EU, sondern der in die Krise geratene Euro. Die Gründerväter des Euros haben, so Sikorski, ein System geschaffen, welches jedes der Euro-Länder an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs bringen könne.

Das bedeute aber zugleich, dass die tiefe Krise, in der die EU sich befinde, wenig mit den EU-Osterweiterungen zu tun habe, die 2004 und 2007 erfolgten. Insbesondere Deutschland sei als EU-Exportmeister ein großer Nutznießer der aus der Erweiterung sich ergebenden neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten.

⁶ Štefan Füle: The European Union is ready to fully engage, in: The European – Security and Defence Union, 3/2011, S. 14.

⁷ Vgl. Helmut Scholz: Gute Nachbarschaft? Neues Deutschland vom 10.6.2011, Online-Ausgabe.

Sikorski sprach sich für eine weitere und vertiefte EU-Integration aus, was bei einer umfangreichen und tiefgreifenden Reform der EU-Institutionen beginnen müsse. Insbesondere müsse der EU-Parlamentarismus gestärkt werden. Auch die Ausführungsorgane bedürften einer Konzentrierung, so würden zwölf EU-Kommissare völlig ausreichend sein. Alleiniger Sitz des EU-Parlaments sollte Brüssel sein.

Die Mitgliedsländer müssten ihre Vorrechte auf Gebieten behalten wie: Religion, nationale Identität, öffentliche Moral usw. Alle anderen Kernbereiche sollten künftig sehr viel stärker einen gemeinsamen EU-Charakter haben.

Sikorski betonte auch den hohen Wert von politischer Bildung auf der europäischen Ebene. Von ihm kam ebenso die Idee des *European Endowment for Democracy*, die er vor kurzem vor einem anderen Gremium, im Europäischen Parlament, vorgeschlagen hat. Diese Stiftung sollte ein Instrument für die EU-Entwicklungshilfe schaffen.

In Polen wurden die Äußerungen des Außenministers teils heftig diskutiert. Während aus den Reihen der linksgerichteten Opposition Zustimmung gezeigt wurde, forderten Vertreter der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), Sikorski vor das Staatstribunal zu stellen. PiS-Chef Jarosław Kaczyński sprach gar von einem Ausnahmezustand, der nun dem Land drohe. Sikorski habe mit seiner Rede die Unabhängigkeit Polens in Frage gestellt.

*Joanna Gwiazdecka, Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Büroleiterin Warschau*

VIEL LÄRM UM NICHTS?

Russland und seine Wahlen

Am 4. Dezember 2011 hat Russland sein Parlament, die Staatsduma, zum 6. Mal und erstmals auf fünf Jahre gewählt. Damit trat das 9 Zeitzonen umfassende Land in einen Wahlzyklus ein, der Anfang März nächsten Jahres mit der Wahl des Präsidenten abgeschlossen wird. 107 Millionen Wahlberechtigte, darunter knapp 2 Millionen mit ständigem Wohnsitz im Ausland, wählten unter sieben politischen Parteien und ihren Kan-

didaten aus. Die ersten Wähler meldeten sich am Abend vorher in Neuseeland in einem externen Wahllokal, als letzte machten am Montagmorgen Wähler in San Francisco ihr Kreuzchen. Die Wahlbeteiligung lag insgesamt bei gut 60 Prozent.

Der Wahlkampf verlief ohne Überraschungen und nach Meinung vieler Beobachter eher langweilig. Die Spitzen der regierenden Partei *Einiges Russland* enthielten sich wie immer aller öffentlichen Debatten, denen damit die Schärfe der offenen Konkurrenz genommen wurde. Die Wahlen zur Duma, deren Platz im politischen System mit vielen Gegengewichten ausgestattet ist, lägen eigentlich außerhalb der Politik, meint der liberale Publizist Leonid Radsichowskij. Auch eine Konkurrenz sei eher Illusion: das politische Kapital der Parteien sei nicht vergleichbar, es funktionieren nur die Grundsätze der Werbung und der großen Zahlen. Das renommierte Levada-Zentrum ermittelte im September 2011, dass 80 Prozent der Bürger überzeugt davon waren, die Geschehnisse im Land nicht beeinflussen zu können, und gut die Hälfte wünschten auch gar nicht, etwas zu bewegen, nicht mal auf lokalem Niveau.

Doch die Wahlergebnisse haben mit einigen deutlichen Überraschungen solche Erwartungen gekippt. *Einiges Russland* rutschte von satten 64 Prozent (2007) unter die psychologisch wichtige 50-Prozent-Marke und wird in der neuen Duma 77 Sitze weniger bekommen. Drei Oppositionsparteien konnten im Gegenzug deutlich zulegen: die *Kommunistische Partei der Russischen Föderation* verbessert sich von 57 auf 92 Mandate (knapp 20 Prozent der Wählerstimmen), die sozialdemokratisch gebende Partei *Gerechtes Russland* kommt von 38 auf 64 Sitze (13,2 Prozent) während die *Liberaldemokraten* um Wladimir Schirinowskij um 16 Mandate zulegen und neu mit 56 Sitzen (11,6 Prozent) im Parlament dabei sein werden. Andere Parteien scheiterten an der 7-Prozent-Hürde und werden im Parlament nicht vertreten sein - darunter auch Grigorij Jawlinskij *Jabloko*, der sich nach längerer Abwesenheit in der Politik zurückgemeldet hatte.

Beobachter neigen dazu, dieses Ergebnis als dramatisch zu werten. Einige sprechen vom Ende der zehnjährigen Stabilität, wie sie durch die Re-

gierenden verstanden und praktiziert wurde, andere von der größten Wahlniederlage der Putin-Medwedew-Partei und dem Beginn eines merklichen Stimmungsumschwungs gegen das herrschende Macht- und Medienmonopol der Regierung. Eines steht fest: der 4. Dezember ist über den Rahmen einer turnusmäßigen Parlamentswahl hinausgegangen. Es fand ein informelles Referendum statt, bei dem es weniger um die Sitzverteilung in der Duma, sondern vielmehr um das Vertrauen zur Macht gegangen ist. Dieses bescherte dem Kreml einen deutlichen Machtverlust, was nicht automatisch als ein Sieg der Opposition gedeutet werden kann. *Einiges Russland* wird weiterhin die Mehrheit in der Duma behalten während die unter sich gesplante Opposition nur partiell an Einfluss gewinnen wird.

Die relativen Erfolge der etablierten Opposition dürften auch der unter vielen Bürgerinnen und Bürgern anzutreffenden Stimmung geschuldet sein, um jeden Preis gegen die *Einheitsrussen* votieren zu wollen. Die bisherige Taktik unzufriedener Wähler ohne eine wählbare Alternative, den Urnengang zu boykottieren, hatte sich nicht bewährt. Viele Proteststimmen landeten allerdings bei den linken und konservativen Parteien und nicht etwa bei *Jabloko* sowie der «neoliberalen» Partei *Prawoje Delo*. Dieser Trend könnte darauf hinweisen, dass die Gesellschaft eine zweite «Machtpartei» wünscht. Um es wieder mit Leonid Radsichowskij zu sagen: das geltende System der Imitation politischer Konkurrenz wird im Ergebnis der Wahlen reproduziert; zwar könnte das Parteienleben mit seiner bislang demonstrierten Verantwortungslosigkeit, Heuchelei und seinem Pathos etwas aufblühen, doch sollte man einsehen, dass die Parteiendemokratie an sich genauso wie ihr Fehlen kein einziges Problem des Landes zu lösen vermag.

Doch zurück zum Wahlkampf und seinen wichtigsten Akteuren. *Einiges Russland* agierte mit dem Slogan *Kein Schritt zurück, sonst kommt die Katastrophe*. In der finalen Phase des Wahlkampfes griff die Regierungspartei zu den Argumenten «Eurasische Union» (Putin) und «Dezentralisierung der Macht» (Medwedew). Den immer noch hohen Prozentanteil der Stimmen haben ihr nach Meinung der Experten Wähler gesichert, die von öffentlichen Geldern extrem abhängig sind. Der bisherige Kurs der herrschenden Kreise war pa-

radoxerweise auf die Konservierung dieser Armut und Abhängigkeit gerichtet. Einige nationale Republiken (Tschtschenien und Dagestan) spendeten der Kremlpartei in einem Anfall vorausseilenden Gehorsams maximale Prozentsätze.

Die *KPRF* pflegte das Image der stärksten Oppositionspartei und präsentierte das radikalste Wahlprogramm: Nationalisierung sämtlicher Naturressourcen, also staatliches Monopol auf die Erdöl- und Erdgasexporte, Reindustrialisierung und Wirtschaftsdemokratie, Steuererhöhungen für Reiche, keine weitere Privatisierung der Daseinsvorsorge. Die Partei hat de facto ihre elektoralen Positionen von 1995-1999 nach dem Tief der Nulljahre wiederhergestellt und ihren Vorsitzenden Gennadij Sjuganow als gemeinsamen Kandidaten der Opposition bei den kommenden Präsidentschaftswahlen vorgeschlagen, um so eine Stichwahl zu ermöglichen.

Gerechtes Russland dürfte von der Müdigkeit der Wähler in Bezug auf das Spitzenpersonal der Konkurrenz profitiert haben. Parteichef Sergej Mironow, vor kurzem noch Vorsitzender des Föderationsrates (der Oberen Parlamentskammer), schaffte vor staunendem Publikum den Sprung vom Kremlgetreuen zum Oppositionspolitiker. Die programmatische Nähe der beiden linksorientierten Parteien schafft neue Räume für künftige Kooperation in und außerhalb der Duma. Die parlamentarische Stärkung des *Gerechten Russlands* könnte auch in dem Sinne interpretiert werden, dass die Chancen für eine nichtkommunistische Linkspartei insgesamt gewachsen sind.

Der Wahlkampf der *Liberaldemokraten* war wie erwartet auf die Person Schirinowskijs fokussiert und wies mitunter krasse nationalistische und xenophobe Züge auf. Nur mit Kremlnähe kann die Tatsache erklärt werden, dass ihr Hauptwahl-slogan «Für die Russen» von den Behörden nicht beanstandet wurde. Das Thema der Migration aus dem Kaukasus und Zentralasien beschäftigte das gesamte politische Spektrum. Auch der Kreml bediente sich seiner während der so genannten Piloten-Affäre in Tadschikistan kurz vor dem Wahltermin. Präsident Medwedew (Listenplatz 1 für *Einiges Russland*) setzte sich persönlich für die Freilassung zweier im tadschikischen Kurban-Tjube verurteilter russischstämmiger Piloten ein. Deren Rückkehr nach Moskau wurde als

ein Akt nationaler Solidarität gefeiert. Nun sorgen die Tadschiken auch noch für das richtige Wahlergebnis, spotteten böse Zungen in Anspielung auf die Tatsache, dass ein Großteil der in Moskau anfallenden Serviceleistungen (wie Straßenreinigung z. B.) inzwischen von tadschikischen Migrantinnen und Migranten erbracht wird.

Die legislative und politische Agenda der neuen Duma wird sich erst nach den Präsidentschaftswahlen am 4. März 2012 ergeben. Analytiker erwarten von der Duma, dass sie künftig mehr Einfluss im politischen System ausüben werde. Voraussetzung dafür sind die Absichten des Kremls, insbesondere des Noch-Amtsinhabers Medwedew, Letzteres zu reformieren (Senkung der Sperrklausel, Wiedereinführung der Wahl von Senatoren im Föderationsrat, von Gouverneuren und Oberbürgermeistern usw.) sowie eine breite personelle Erneuerung der Fraktionen. Medwedews Idee, eine «große Regierung» aus Branchenprominenten und Parteisympathisanten einzuberufen, dürfte auch für das Parlament Konsequenzen haben. Es wird für die neue Duma schwieriger werden, sich auch weiterhin der Bürgerkontrolle und –Beteiligung zu verschließen. Offen allerdings bleibt die Frage, ob mehr Einfluss der Parlamentarier auch durch mehr Kompetenz, Verantwortung und Offenheit gegenüber den Bedürfnissen der Bürger begleitet wird.

*Wladimir Fomenko, stellv. Leiter Büro Moskau,
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

KROATIEN WÄHLT DEN WANDEL

Parlamentswahlen in Kroatien

Am 4. Dezember 2011 fanden in Kroatien die siebten Wahlen zum «Sabor», dem kroatischen Parlament, statt. Unter dem Eindruck von Korruptionsskandalen und dem Abbau sozialer Rechte kam es zu einem ausgeprägten Lagerwahlkampf und dem starken Rückgang der Wahlbeteiligung. Als deutlicher Sieger ging die «Kukuriku»-Koalition unter Führung der sozialdemokratischen SDP aus dem Wahlgang hervor und leitet damit erstmals einen linken Kurswechsel in der kroatischen Politik ein. Nun stellt sich die Frage, ob

auch eine inhaltlich-praktische Verschiebung von der neoliberal-klientelistischen hin zu einer transparenten, sozial gerechten Politik geleistet wird, die den Schutz öffentlicher Güter garantiert.

Zwischen Korruption und Wirtschaftskrise – «Lijepa naša» in Transition

Kroatien befindet sich gegenwärtig in einer ausgesprochen angespannten Wirtschafts- und Finanzlage, die sowohl durch einen spürbaren Rückgang des Wirtschaftswachstums gekennzeichnet ist als auch durch eine extrem hohe Staatsverschuldung (102 Prozent des BIP), deren Konsequenzen sich vor allem in einer hohen Arbeitslosenzahl (über 18 Prozent), einem beschleunigten Abbau sozialer Leistungen und der zunehmenden Infragestellung des freien Zugriffs auf öffentliche Güter niederschlagen. Diese Folgeerscheinungen der kapitalistischen Transitionspolitik haben zu einem eklatanten Niedergang des durchschnittlichen Lebensstandards in Kroatien geführt, sind jedoch kein exklusiv kroatisches, sondern ein allgemeines Problem in den jugoslawischen Nachfolgestaaten.

Die eklatante Krise des Bildungssektors, aus der heraus sich eine basisdemokratisch organisierte soziale Bewegung an den kroatischen Universitäten, insbesondere den philosophischen Fakultäten, herausgebildet hat, offenbarte auch die extreme soziale Exklusivität des kroatischen Bildungssystems und die damit einhergehende Benachteiligung junger Menschen aus Arbeiterfamilien. Das kroatische Hochschulsystem ist zudem, analog zum politischen, in der vergangenen Legislaturperiode ins Visier der Antikorruptionsbehörde geraten. Im Rahmen der «Affäre Indeks» wurde die Öffentlichkeit mit der scheinbar insbesondere an wirtschafts- und ingenieurwissenschaftlichen Lehrstühlen verbreiteten Methode der sexuellen Dienstleistung oder der klassischen finanziellen Bestechung als anerkanntem Ersatz für fachliche Prüfungsleistung bekannt gemacht.

Der endgültige Beginn der Beitrittsverhandlungen Kroatiens mit der Europäischen Union dürfte, zumindest formal, als eines der wenigen positiven Resultate dieser Legislaturperiode gelten. Jedoch steht zu befürchten, dass im Zuge dieser Verhandlungen auch die letzten Reste der sozia-

len Absicherung und der Arbeiter_innenrechte aufgeweicht und abgeschafft werden. Dem europäischen Gedanken diametral entgegengesetzt gestaltete sich der Wahlkampf der Regierungskoalition, bzw. ihrer führenden Partei um Frau Kosor als Spitzenkandidatin. Nichts schien der in den Umfragewerten auf knapp 20 Prozent der Wählerstimmen abgesackten HDZ zu billig, um das Wahlvolk doch noch für die eigene Partei zu begeistern. Dabei oszillierte die Feindzuschreibung zwischen bräsigem Antikommunismus im innenpolitischen, und einem marktschreierischen Nationalismus im außenpolitischen Diskurs. Zu den Warnungen, die Wähler müssten sich entscheiden ob sie ein «rotes Kroatien» haben möchten, womit sie auch eine ideologische Kampagne gegen den derzeitigen Staatspräsidenten und gemäßigten Linken Ivo Josipović implizierte, gesellte sich ein medial geführter Rückfall in die 1990er Jahre, als die Premierministerin wiederholt zu verstehen gab, dass Kroatien sich nie wieder Befehle aus der serbischen Hauptstadt Belgrad abholen werde. Hintergrund dieser Aussagen war ein geplanter Auslieferungsantrag der serbischen Justizbehörden gegen mutmaßliche kroatische Kriegsverbrecher, dessen juristische Bindungspflicht jedoch von der kroatischen Seite nicht mehr anerkannt wird.

Weiterhin schwierig gestaltet sich die Situation der Minderheitenrechte, insbesondere der serbischen Minderheit. Zwar beteiligte sich die «Unabhängige Serbische Demokratische Partei» [SDSS] sogar als Koalitionspartner an der Regierung, einen merklichen positiven Aufschwung in der Frage der Rückführung und Entschädigung der vertriebenen Staatsbürger serbischer Nationalität kann man jedoch auch nach dieser Legislaturperiode nicht konstatieren. Noch unzufriedenstellender fällt das Urteil in der Frage des gesellschaftlichen Umgangs mit sexuellen Minderheiten aus. Selbst wenn man einen längeren Wandlungsprozess im Hinblick einer Anerkennung und vollen Gleichberechtigung Homo- und Transsexueller Communities in Rechnung stellt, zumal in einer Mehrheitsgesellschaft, deren mentale Disposition seit den 1990er Jahren systematisch durch den überwiegend reaktionären und erkonservativen Klerus der katholischen und orthodoxen Kirche geprägt worden ist, so trägt die politische Elite Kroatiens dennoch die volle Verantwortung für die durch nichts zu rechtferti-

gende Gewalteskalation gegenüber sexuellen Minderheiten, wie sie sich etwa bei den in Zagreb und Split organisierten gay pride «Paraden des Stolzes» [Parade ponosa] in aller Dramatik zeigte.

Parlamentswahlen 2011

Die Wahlbeteiligung lag bei den diesjährigen Parlamentswahlen bei knapp über 46 Prozent, was einen Rückgang um elf Prozentpunkte im Vergleich zu den Wahlen 2007 bedeutet. Die siegreiche «Kukuriku»-Koalition unter Führung der sozialdemokratischen SDP errang nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis insgesamt 80 Mandate, was knapp 52 Prozent der abgegebenen Stimmen entspricht, während die bisher regierende HDZ mit 47 Mandaten knapp über 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Damit hat «Kukuriku», neben der SDP noch bestehend aus der «Kroatischen Volkspartei» HNS, dem «Istrischen Demokratischen Parlament» IDS und der «Kroatischen Pensionärspartei» HSU zwar nicht die in einigen Prognosen in Aussicht gestellte absolute Mehrheit erreicht, dennoch verfügt sie über eine politisch sehr stabile und komfortable Position, auch weil sich die restliche Zusammensetzung des kroatischen Parlaments überwiegend links von der nun in Opposition stehenden HDZ sieht.

Die Linke in Kroatien

Mit den abgelaufenen Parlamentswahlen hat Kroatien zumindest formal einen linken Kurswechsel beschritten. Von den insgesamt 39 zur Wahl angetretenen Parteien, Bündnissen unabhängigen Listen und Einzelkandidaten schafften mit der SDP, der SDSS sowie den «Kroatischen Arbeitern» und der «Grünen Liste» vier dem linken Spektrum zugehörige Parteien den Sprung ins kroatische Parlament. Hinzu kommen weitere linke Gruppierungen, die den Einzug nicht geschafft haben aber dennoch über ein gewisses politisches Potential verfügen, etwa die in Istrien recht populäre «Jugendaktion» [Akcija mladih] oder die «Sozialistische Arbeiterpartei» SRP. Zu den interessantesten unabhängigen Kandidaten zählte der linksliberale Pfarrer Ivan Grubišić, der sich als progressiver Kritiker der Katholischen Kirche und ihres Klerus in Kroatien einen Namen machte und mit seiner Liste zwei Mandate errang.

Aus einer linken Perspektive ist aber auch das Wahlergebnis der nicht im Parlament vertretenen «Sozialistischen Arbeiterpartei» SRP interessant, denn die SRP stellt die einzige sozialistische Alternative in Kroatien dar. Die SRP wurde 1997 durch den ehemaligen Vorsitzenden des jugoslawischen Bundes der Kommunisten Stipe Šuvar gegründet und versammelte in ihrer ersten Zeit viele angesehene Intellektuelle wie etwa den inzwischen verstorbenen Milan Kangrga, der zu den Mitbegründern der philosophischen Zeitschrift «Praxis» und der «Sommerschule auf Korčula» gehörte. Ihrem Programm zufolge versteht sich die SRP als breite Sammlungsbewegung aller sozialistisch orientierten Kräfte in Kroatien, doch seit ihrer Gründung sieht sich die Partei immer wiederkehrenden Spaltungstendenzen ausgesetzt, aktuell in Form einer Abspaltung trotzkistischer Mitglieder, die sich der Vierten Internationale anschließen wollen. Die innerparteilichen Verwerfungen und ideell-programmatischen Konflikte sind auch ein Grund dafür, dass die Partei nach wie vor eine politische Randerscheinung darstellt, ablesbar am aktuellen Ergebnis.

Ausblick

Die Linke in Kroatien steht im Moment sowohl im regionalen Fokus als auch am Scheideweg. Einerseits stellt ihr Erfolg die Notwendigkeit und Attraktivität linker Positionen in den gegenwärtigen Transformationsgesellschaften des ehemaligen Jugoslawiens dar. Sie kann für die linken Strömungen in Bosnien-Herzegowina, Serbien, Makedonien oder Slowenien initiativ Wirkung entfalten, in einigen Fällen ist dies auch schon geschehen, wie an der Vernetzung und Solidarität zwischen studentischen Aktivist_innen aus Zagreb, Belgrad, Ljubljana, Sarajevo und Skopje zu sehen ist. Auch sind solidarische Aktionen zwischen Arbeiter_innen vermehrt zu beobachten. Am Scheideweg steht sie indes, weil die Erwartungen, die an sie gestellt werden, von den im Parlament vertretenen Parteien, selbst von den links der sozialdemokratischen Partei stehenden «Kroatischen Arbeitern» HL, wohl nur unzureichend eingelöst werden und somit potentiell zu einer zukünftigen Abwendung von linken politischen Perspektiven führen könnten. Hier kommt einer starken außerparlamentarischen linken Bewegung die Aufgabe zu, kritisch und

eingreifend den politischen Entscheidungsfindungsprozess zu begleiten und Gegenpositionen zu artikulieren.

Krunoslav Stojaković, Referat für Ost-, Mittelost- und Südosteuropa, Rosa-Luxemburg-Stiftung

BERICHTE

PRAXIS. KRITIK UND HUMANSITISCHER SOZIALISMUS

Vom 13. bis 15. Oktober 2011 fand in Korčula auf der gleichnamigen kroatischen Adriainsel eine Konferenz zur Sommerschule auf Korčula und zur Zeitschrift «Praxis» statt.

Es war nach der autoritären Absetzung beider Projekte im Jahr 1974 das erstmalige Zusammenreffen von Zeitzeugen und jüngeren Wissenschaftlern aus dem ehemaligen Jugoslawien, aber auch aus Deutschland und Polen, um über die intellektuelle Hinterlassenschaft und die Bedeutung dieser immanenten philosophischen Richtung für das heutige kritische Denken im ehemaligen Jugoslawien zu reflektieren.

Die Thematik des Zusammentreffens war breit angelegt und konzipiert, die einzelnen Referate waren unterschiedlichen Blöcken zugeordnet und behandelten Themen aus unterschiedlichen Bereichen des kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Lebens. Neben spezifischen Themen wie «Praxis und Kultur», «Praxis und Philosophie», «Gleichheit und Freiheit» und «Kritik von Bürokratie und Nationalismus» widmete sich die Konferenz auch der internationalen Rezeption der jugoslawischen Linksphilosophie, allen voran in Ost- und Westeuropa.



Die Hauptfrage sowohl der Organisatoren als auch der Referenten lag in der Erkundung von Möglichkeiten einer Aktualisierung von Schlüsselpunkten der Praxisphilosophie, sei es die erneute kritische Überprüfung und Revitalisierung des Begriffs «Praxis» als einer Voraussetzung jedweden subjektiven und gesellschaftsrelevanten Handelns, als auch einer kritischen Analyse etatistisch-sozialistischer und liberal-kapitalistischer Systeme.

Auch wenn auf den ersten Blick die Schlussfolgerung lauten könnte, dass aus den Theorien und Analysen der 1960er und 1970er Jahre nichts für die Jetztzeit gewonnen werden könnte, wurde doch die Notwendigkeit und Aktualität öffentlichen und kritischen intellektuellen Engagements, wie es im Wirken der Praxis-Intellektuellen sichtbar war, deutlich.



Es hat sich deutlich herausgestellt, dass die Schlüsselfragen des gesellschaftlichen Lebens bis zum heutigen Tag noch nicht beantwortet worden sind. Die Arbeiten der Praxis-Philosophen bieten dafür zumindest eine Basis auf der man, bei allen notwendigen Abgrenzungen und Aktualisierungen, die Suche nach neuen Möglichkeiten

für humanere ökonomische und gesellschaftliche Beziehungen aufbauen kann.

Die Konferenzorganisatoren haben sich darum bemüht, neue und kritische Einblicke mit den Erinnerungen und Erfahrungen von Zeitzeugen, die zahlreich unserer Einladung zur Teilnahme gefolgt sind, zu verbinden. Wir konnten bekannte Intellektuelle wie Ante Lešaja, Lino Veljak aus Zagreb, Gajo Sekulić aus Sarajevo sowie Božidar Jakšić, Nebojša Popov und Zagorka Golubović aus Belgrad zu einem Runden Tisch begrüßen. Sie haben mit ihren Beiträgen einen großen Anteil an den inhaltlich und emotional geführten Debatten gehabt. Einen weiteren interessanten Konferenzteil stellte die Diskussion mit dem bekannten Filmregisseur Želimir Žilnik dar, der auch seinen neuesten Film «Eine Frau – ein Jahrzehnt» über das Leben von Dragica Srzentić aufführte. Dragica Srzentić überbrachte 1948 die bekannte Tito-Note an Stalin, was in der Folgezeit zum politischen Bruch Jugoslawiens mit der Sowjetunion führte. Sie selbst avancierte nicht nur zu einer historischen Persönlichkeit, sondern verbrachte in der Folgezeit auch einen Teil ihres Lebens in jugoslawischen Gefängnissen da man sie der sowjetischen Spionage bezichtigte.

Die Aktualität der Konferenzthematik zeigte sich nicht nur in den Referaten, sondern auch in den weltweiten Geschehnissen, die sich zur Zeit der Konferenz ereigneten. Die Demonstrationen, auch in Städten des ehemaligen Jugoslawien, deren gemeinsames Anliegen der Protest gegen die dominante liberal-kapitalistische Ordnung gerichtet war, stießen bei den Konferenzteilnehmern auf einstimmige Solidarität die sich in einem Unterstützungsbrief niederschlug.

Krunoslav Stojaković, Referat für Ost-, Mittelost- und Südosteuropa, Rosa-Luxemburg-Stiftung

WAS IST LINKS IN OSTEUROPA?

Auftakt für das Osteuropaforum der RLS

Ende September stand in Berlin die Frage «Was ist links in Osteuropa?» im Mittelpunkt des Osteuropaforums – des neuen Osteuropa-Arbeitskreises der Stiftung. Mit ihm soll Interessierten und Engagierten eine Möglichkeit gegeben werden, sich über politische Entwicklungen

in Osteuropa auszutauschen, Projekte und Partner in der Region kennenzulernen und sich zu vernetzen.

Den Auftakt bildete ein Gespräch über die Situation linker Parteien und Bewegungen nach 20 Jahren Transformation. Was ist heute links in Osteuropa, und wer gehört überhaupt dazu? Wen und was vertreten sich als links bezeichnende Parteien in der Region? Wie verhalten sich linke parteipolitische Akteure und linkes gesellschaftliches Engagement zueinander? Welche Rolle spielen emanzipatorische Bewegungen? Parteienforscher Prof. Dieter Segert von der Universität Wien und Natalja Stepakova, Vorsitzende der Humanistischen Jugendbewegung in Murmansk (GDM), führten mit Beiträgen in das Thema ein.

Tätigkeitsfeld der Murmansker Organisation ist die politische Jugendbildung, ihre Themen sind der Widerstand gegen die radikale politische Rechte, Menschenrechte, die Zukunft von Bildung und Arbeit, Genderfragen, gesellschaftliche Utopien, Selbstorganisation. Die GDM arbeitet mit vielen NGOs in Murmansk und Russland zusammen und ist an verschiedenen gesellschaftlichen Initiativen beteiligt. Ihre Großveranstaltungen in Form kultureller Projekte ziehen mitunter Tausende Interessierte an. Seit 2003 gibt es eine enge Kooperation mit der RLS, die nach ihrer Einschätzung sehr wichtig für die politische Identität der jungen Humanist_innen sei. Der Begriff der politischen Bildung sei in Russland allerdings anders konnotiert, sagte Natalja Stepakova. Er werde von jungen Leuten mehrheitlich mit Parteischulung und Agitprop assoziiert. Die GDM betreibe zwar politische Bildungsarbeit (**политическое образование**), vermeide unter diesen Umständen aber die öffentliche Verwendung dieses Begriffs und spreche lieber von staatsbürgerlicher Aufklärung (**гражданское просвещение**).

Die GDM sehe sich als eine linksorientierte Bewegung. Ihr Verständnis von Linkssein basiere auf solchen Prinzipien wie Emanzipation, Solidarität, Selbstorganisation, Kritik, Humanismus, die Suche nach Alternativen. Viele junge Leute in Russland würden mit Politik eher Negatives assoziieren, sie verbänden damit in erster Linie das Wirken von Parteien. Und das sei diskreditiert – dadurch, dass die Parteien dort im Grunde künst-

liche Projekte seien, durch das Fehlen von fairen Wahlen mit alternativen Möglichkeiten und die Profanisierung demokratischer Institutionen, so Stepakova. Für Unaufrichtigkeit öffentlicher Politik habe insbesondere die Jugend ein feines Gespür. Linksorientierte Jugendliche sähen keine politische Kraft im Parlament, die ihre Interessen vertreten würde. Und wer sich von den Jungen in Parteien engagiere, wolle in der Regel Karriere machen, wobei es natürlich auch Ausnahmen gebe. In der GDM und ihrem Umfeld sei niemand parteipolitisch organisiert. Eine Zusammenarbeit mit Parteien gebe es nicht und sei gegenwärtig auch nicht gewollt. Wer käme denn auch in Frage? Im gesamten Spektrum der im Parlament vertretenen Parteien werde nur die Kommunistische Partei KPRF traditionell als links angesehen. Das sei sie aber nicht, so Stepakova. Die KPRF spiele nur die Rolle der «Oppositionspartei». Ihre Zielgruppe seien Menschen, zumeist im Ruhestand, mit nostalgischen Gefühlen für die UdSSR. Die Partei habe kein kohärentes Programm, suche nicht nach Alternativen, ihre politischen Botschaften seien in die Vergangenheit gerichtet und sie sei fokussiert auf die bloße Kritik des bestehenden Systems und die Verherrlichung der vermeintlich guten, alten Sowjetzeit – für junge Leute nicht gerade attraktiv. Leugnung von Repression, Stalin-Verehrung und Dogmatismus würden einen Dialog mit dieser Partei unmöglich machen. Die Partei selbst sei zu einem wirklichen Dialog auch nicht bereit. Was die Partei Gerechtes Russland anbelangt, so seien viele ihrer Lösungen durchaus berechtigt, zumeist stehe aber wenig Substanz dahinter. Deren Aktivitäten beschränkten sich auf Wahlkampf, Mailkundgebung und Printwerbung. Von Jugendarbeit sei nichts zu sehen. Einige Kontakte gebe es zu Jabloko, aber eher auf privater Ebene.

Wo also ist die Linke in Russland, fragte Stepakova. Ihrer Meinung nach sei sie zu finden in den verschiedenen formellen und informellen Bürgerinitiativen – den Umweltschutz-, Frauen-, Menschenrechts- und antifaschistischen Bewegungen, den kulturellen und künstlerischen Gruppen oder den unabhängigen Gewerkschaften. Eine Vielzahl von Initiativen würde sich derzeit bilden, um bestimmte Gesetze zu verhindern oder zu ändern. Als Beispiele nannte sie das Abtreibungsrecht, das Bildungsgesetz und den Schutz des Chimki-Waldes bei Moskau. Diese

Bewegungen würden sich nicht nur mit realer Politik beschäftigen und nicht nur konkrete Probleme lösen wollen, sondern auch ganz neue Zugänge zu Politik bieten: Solidarität, Selbstorganisation, das Fehlen von Hierarchien, die Suche nach Alternativen, Kreativität. Nur im Bereich dieser Initiativen gebe es eine Diskussion über gesellschaftliche Werte und Alternativen. Wichtiger als eine abschließende Antwort auf die Frage, was denn nun links ist, sei die immer wiederkehrende Beschäftigung mit der Fragestellung selbst und dem eigenen Beitrag zum Verständnis von Linkssein. Vielleicht sei ja die Einteilung Links-Mitte-Rechts überhaupt etwas zu einfach in der modernen Welt (Osteuropas). Das Internet biete die Möglichkeit einer praktisch direkten Demokratie. Vielleicht gebe es irgendwann gar keinen Bedarf mehr für die Tätigkeit von Parteien und man müsse andere Formen der gesellschaftlichen Organisation suchen.

Ausgangspunkt der Ausführungen Dieter Segerts zur (partei-)politischen Linken in Osteuropa war der Hinweis auf die Diversität der Region im Allgemeinen und der Parteienlandschaft im Besonderen. Schon die von der Parteienforschung identifizierten drei linken Parteifamilien – Sozialdemokratie, Linksparteien (Parteien, die links von der Sozialdemokratie agieren) und Grüne – seien in Osteuropa so eindeutig nicht unbedingt auszumachen. Hier bildeten oft die ehemaligen Staatsparteien den Kern der politischen Linken.

Segert skizzierte dann die (Wahl-)Historie linker Parteien, wobei er den Fokus auf die beiden bedeutenden postkommunistischen «Reformparteien» – die polnische Allianz der Demokratischen Linken SLD und die Ungarische Sozialistische Partei MSZP – legte.

Während in den ersten Wahlen 1990/91 insgesamt ein deutlicher «Rechtsruck» zu verzeichnen war, als «Regenschirmparteien» – in der Regel geprägt durch die vorhergehende Opposition zum Staatssozialismus – die Mehrheit der Wähler_innen für sich gewannen, während die ehemaligen Staatsparteien (mit Ausnahme Südosteuropas) verloren, sahen die zweiten Wahlen dann in Polen und Ungarn bereits den Sieg der reformierten Nachfolgeparteien. In Tschechien kam es bei den dritten Wahlen (1996) zum Aufstieg der Sozialdemokratie, die allerdings nur zweimal -

1998 und 2002 – an die Regierung kam. Die Wahlsiege der linken Parteien waren jedoch meist nicht von Dauer, Ungarn (2002-2010) und Litauen (2001-2008) sind Ausnahmen von der Regel. Nur in einigen der postsowjetischen Staaten waren linke Parteien wegen der dort herrschenden Präsidialsysteme bisher noch nie an Regierungen beteiligt.

Segert analysierte dann den Absturz der beiden starken linken Parteien SLD (von 41% auf 8% in 2011) und MSZP (von 43% auf 19% in 2010), konnte das Thema an diesem Tag jedoch nur anreißen. Wesentliche Ursachen seien in Polen der Wechsel der SLD hin zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik und die Korruptionsskandale von SLD-Politikern gewesen, während in Ungarn die «Lügenrede» Gyurcsánys und die darauffolgenden Ausschreitungen im brennenden Budapest 2006 der MSZP nur schwer wieder gut zu machenden Schaden zugefügt hätten.

Eine Krise der repräsentativen Demokratie zeige sich in dem allgemeinen Misstrauen der Wählerschaft gegenüber der politischen Klasse insgesamt. Der «Zusammenbruch» der beiden linken Parteien in Ostmitteleuropa sei ein Ergebnis der Transformation und hoher, enttäuschter Erwartungen der Bevölkerung, welche sich in der Krise des Staatssozialismus herausgebildet hatten. Nachdem sich die Versprechungen des Konsumsozialismus der 1970er und 1980er Jahre als nicht wettbewerbsfähig gegenüber dem Modell der westeuropäischen Konsumgesellschaft gezeigt hätten, setzten Eliten wie Bevölkerungsmehrheiten in Osteuropa ihre Hoffnungen auf das westliche Modell. Diese seien enttäuscht worden: Der im Westen bereits zuvor betriebene Abbau des Sozialstaates beschleunigte sich durch das Verschwinden des staatssozialistischen Gegenmodells noch. Im Verlauf der wirtschaftlichen Umgestaltung, v.a. im Zuge der Privatisierung, bereicherte sich eine kleine Gruppe von Menschen, und nicht zuletzt die politische Klasse. Segert verwies in diesem Zusammenhang auf die zahlreichen Korruptionsaffären. Auch die Integration in die EU hätte – anders als gehofft – keine merklichen Wohlstandsgewinne für die Mehrheit mit sich gebracht.

Von diesen Frustrationen profitierten in Osteuropa vor allem die Rechtspopulisten.

Segert schlug vor, dass die politische Linke ausgehend von den osteuropäischen Erfahrungen folgende Handlungsfelder besetzen sollte:

■ Eine Debatte darüber führen, worin die gegenwärtige Entfremdung der *gesamten politischen* Klasse (also auch der linken Parteien) von der Bevölkerung wurzelt. Diese Entfremdung zwischen Repräsentanten und Bürgerschaft ist ein gesamteuropäischer Trend mit a) steigender Gleichgültigkeit gegenüber Wahlen und b) dem Aufstieg von populistischen Parteien. Wie kann die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustand der demokratischen Gemeinwesen genutzt werden, um einer starken linken Politik mehr nachhaltige Unterstützung zu organisieren?

■ Alternativen im Interesse der Mehrheit entwickeln, linke Vorschläge zu den Kernthemen der heute anstehenden Veränderungen unterbreiten: ökologischer Umbau der Energieproduktion, Überwindung der exzessiven Konsumgesellschaft, Chancengleichheit in der Bildung, auch für sozial benachteiligte große Gruppen wie Roma und Migrant_innen, für ein sozial und demokratisch integriertes Europa.

■ Das Thema einer gerechten Einschätzung des Staatssozialismus und der Lebensleistung der eigenen Parteimitglieder bzw. der älteren Generationen der Wähler sollte die Politik linker Parteien Osteuropas nicht mehr so wie bisher dominieren, weil man sonst bald die Altersgruppen der heute 20 bis 40 Jährigen nicht mehr erreichen wird.

■ Und schließlich: Ohne ein sozialeres und demokratischeres *Gesamteuropa* könne die Lage in Osteuropa nicht zum Besseren verändert werden.

Die über 40 Teilnehmenden nutzten die Gelegenheit nicht nur für Nachfragen und Meinungsäußerungen, sondern auch für Wünsche nach Themen, die künftig in diesem Rahmen gemeinsam diskutiert werden sollten. Deutlich wurde dabei, dass das Thema keineswegs an einem Nachmittag erschöpfend behandelt werden kann und auf der Agenda bleiben wird: Passt das westeuropäische Rechts-Links-Schema überhaupt für Osteuropa? Fielen die kriminellen Privatisierungen nicht oft in die Regierungszeit der (vermeintlich linken) postkommunistischen Nachfolgeparteien? Sind aber andererseits Privatisierungsgegner per se links? Sind kommunistische

Parteien, die konservativ-dogmatische Botschaften verbreiten, Teil der Linken? Ist die repräsentative Demokratie nur als Parteiendemokratie denkbar? Ist es nur auf lokaler Ebene vorstellbar, dass sich gesellschaftliche Bewegungen und Initiativen dem Wählervotum stellen? Leistet eine Schwächung der Rolle politischer Parteien dann nicht der Etablierung bzw. Konsolidierung autoritärer oder diktatorischer Präsidialregimes Vorschub? Sind Parlamentarismus und Mehrparteiensystem in vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion nicht eine einzige theatralische Inszenierung, die aus ganz bestimmten (wirtschafts- und sicherheitspolitischen) Gründen aber «im Westen» politisch kaum thematisiert wird? Ist der Kapitalismus (nicht nur der in Osteuropa) demokratischer und sozialer denkbar?

Es bleiben somit viele Fragen offen, wie sich die Linke in Osteuropa neu positionieren kann.

Michael Glaß, Referat für Ost-, Mittelost- und Südosteuropa, Rosa-Luxemburg-Stiftung

ATOMENERGIE

Die Gretchenfrage der bulgarischen Linken

Hat die Atomenergie eine Zukunft in Bulgarien? Diese Frage stand im Mittelpunkt eines von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Seminars der linken «Buzludža»-Stiftung am 5. November 2011 in Sofia. Die Idee der Konferenz war vor dem Hintergrund der europaweiten Debatte nach der AKW-Katastrophe im japanischen Fukushima entstanden, die ja mittlerweile zu einer radikalen Energiewende in Deutschland und in anderen EU-Staaten geführt hat. Während die Zustimmung für Atomkraft in vielen Ländern weltweit sinkt und ältere Reaktoren abgeschaltet werden, gibt es in Bulgarien kaum ernsthafte öffentliche Diskussionen über mögliche Konsequenzen aus der japanischen Tragödie.

Die bulgarischen Linken sind sich in dieser Frage auch nicht einig. Als das neugegründete Balkan-Netzwerk der europäischen Linken im Frühsommer dieses Jahres eine Erklärung über die politischen Ziele formulierte, entbrannte an der Atomfrage eine hitzige Diskussion: Die bulgarischen Gastgeber weigerten sich, den Ausbau neuer Kernkraftwerke abzulehnen und wollten das Do-

kument nicht mitunterschreiben. Ihre griechischen Kollegen von «Synaspismos» dagegen bestanden darauf, dass ein klares Bekenntnis zu erneuerbaren Energien und die Absage an die Verbreitung von Atomenergie zum Selbstverständnis einer zeitgemäßen linken europäischen Politik gehören.

Warum tun sich die Bulgaren (keineswegs nur die Linken) so schwer damit, diese Frage eindeutig zu beantworten? Der erste Vortrag von Atanas Tasev, Experte im energiepolitischen Ausschuss des bulgarischen Parlaments, lieferte Einblicke in das kontroverse Thema und in die aktuelle bulgarische Energiepolitik.

Im nordbulgarischen Kozloduj erzeugen zwei Reaktoren den billigsten Atomstrom in der EU, so Tasev. Insgesamt wurden am Standort Kozloduj sechs Reaktoren mit einer Gesamtleistung von 3.760 Megawatt errichtet – damals ein Prestigeprojekt der staatssozialistischen Industrie, das Strom in andere Balkanländer exportierte. Vier Blöcke des Kernkraftwerks sind von alter sowjetischer Bauart und wurden in Übereinkunft mit der EU bis Ende 2006 stillgelegt. Die Blöcke 5 und 6 wurden 2007 modernisiert und auf westliche Sicherheitsstandards umgerüstet. Sie sollen allerdings 2020 auch abgeschaltet werden. Für die mit der Abschaltung einhergehende Verteuerung des Strompreises hat die Bevölkerung wenig Verständnis und lehnt diesen Schritt mehrheitlich ab. Es drohen womöglich sogar Engpässe bei der Stromversorgung. Die bulgarische Regierung beschloss daher vor fünf Jahren, als Ausgleich für die Abschaltung der vier Blöcke in Kozloduj den Bau des AKW Belene wieder aufzunehmen, welcher seit 1990 ruht und seither immer wieder aufgeschoben wird, weil sich keine Investoren finden. Eine britische Beratungsfirma prüft derzeit die Modalitäten dieses Bauprojekts und will in wenigen Monaten ein Gutachten über seine marktwirtschaftliche Effizienz erstellen. Völlig unklar ist noch, wie teuer der Ausbau wird und wie er finanziert werden kann.

Es gebe keinen Grund, an der Zuverlässigkeit der Atomenergie zu zweifeln und Ängste in der Bevölkerung zu schüren, so die Befürworter von Belene. Mit dem neuen AKW werde Bulgarien wieder zum Stromexporteur und in Zeiten der weltweiten Krise einen starken Wettbewerbsvor-

teil in Südosteuropa erringen. Im umfangreichen Vortrag von Tasev fand sich jedoch keine einzige konkrete Angabe über die geplante Entsorgung des Atommülls. Anders als in Deutschland scheint diese Frage die bulgarische Öffentlichkeit wenig zu interessieren – das Problem wird konsequent kleingeredet.

Überrascht und ungläubig reagierte das Publikum auf den Vortrag von Uwe Hicks, Mitarbeiter der Fraktion der Linken im Bundestag und Experte beim deutschen Verein «Naturfreunde», als er die unlösbaren Probleme bei der Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll schilderte und auf die hohen Risiken dieser Technologie verwies. In den hochmodernen deutschen Kernkraftwerken gebe es im Schnitt 6 000 meldepflichtige Störfälle jedes Jahr, argumentierte Hicks, und ergänzte seine Kritik mit einem Plädoyer für erneuerbare Alternativen zur Kernkraft auch in Bulgarien.

Der grüne Politiker Borislav Sendov brachte weitere Argumente gegen den Ausbau des AKW Belene ein, so die Gefährdung durch Erdbeben. Nordwestbulgarien wurde schon Ende der 1970er Jahre von einem starken Erdbeben erschüttert, und die damalige Staatsführung hatte davor gewarnt, dort sensible Industrien zu entwickeln. Nicht die Kernenergie, sondern die hocheffizienten kleinen Wasserkraftwerke hätten eine Zukunft in Bulgarien, so Sendov.

Die Gegner von Belene erhielten unerwartet Schützenhilfe von einem Ingenieur im Publikum, der mehrere Jahre im AKW Kozloduj gearbeitet hat und von haarsträubenden Störfällen des Reaktors erzählte, die niemals an die Öffentlichkeit gelangt sind. Kozloduj wird auch heute wie ein militärisches Objekt geführt und bewacht; über die Produktionsausfälle erfahren Bürgerinnen und Bürger nichts. Die wirtschaftliche Effizienz stehe in keinem Verhältnis zu den hohen Risiken für die Bevölkerung durch den Betrieb und durch die Entsorgung der Brennstäbe, so der Teilnehmer.

Insgesamt zeigte die Diskussion, dass das Publikum tief gespalten war. Gegner und Befürworter warfen sich gegenseitig vor, falsche Angaben zu machen. Das Belene-Projekt sowie das AKW Kozloduj wurden von einigen Teilnehmern als Symbole der nationalen Prosperität und Eigenständigkeit stilisiert, obwohl sie faktisch die Ab-

hängigkeit des Landes von ausländischen Rohstofflieferungen verstärken (der Brennstoff wird ausschließlich aus Russland importiert). Die Argumente der deutschen Teilnehmer stießen teilweise auf Misstrauen; sie würden angeblich der Spezifik der bulgarischen wirtschaftlichen Situation nicht gerecht. Trotzdem waren viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer daran interessiert, mehr über moderne alternative Energiequellen zu erfahren, wie z. B. Blockheizkraftwerke. Auf Interesse stieß auch das Beispiel einer strukturschwachen mecklenburgischen Region, in der einige hundert Dörfer sich durch alternative Technologien selbst mit Strom versorgen. In Bulgarien ist die Meinung weit verbreitet, dass nur «reiche» Länder sich den «Luxus» der alternativen Energien leisten können.

Die Linke in Bulgarien hat mit diesem Seminar eine wichtige und kontroverse Debatte angestoßen, zumal Themen wie Ökologie und Nachhaltigkeit bisher schwach in der Gesellschaft verankert sind. Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger befürwortet laut Umfragen den Ausbau des AKW Belene und glaubt nicht daran, dass ein Atomausstieg mit niedrigen Stromkosten möglich und sozial verträglich zu gestalten ist. Trotzdem mehren sich die Stimmen, die sich eine Zukunft ohne Kernenergie vorstellen können. Ob die linke bulgarische Öffentlichkeit sich klar zur Energiewende bekennt, bleibt bis auf weiteres offen.

*Ivo Georgiev,
Leiter des Referats Ost-, Mittel- und Südosteuropa der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

SICHERHEIT UND STABILITÄT IN ZENTRALASIEN: ZEIT FÜR NEUE KONZEPTE

Afghanistan-Konferenz in Duschanbe

Rund dreißig Expertinnen und Experten diskutierten am 8. Dezember in Duschanbe, Tadschikistan, über neue regionalpolitische Realitäten im Raum Zentralasien, Afghanistan und Pakistan. Die internationale Konferenz wurde vom Zentrum für Strategische Forschung beim Präsidenten der Republik Tadschikistan (ZSF) und dem Moskauer Büro der Rosa Luxemburg Stiftung organisiert.

Das dicht gedrängte Programm umfasste Beiträge zu globalen Umbrüchen, sicherheitspolitischen Herausforderungen, Kultur und Religion.

Neben Peter Linke für die RLS und Suhrob Šaripov für das ZSF richtete Doris Hertrampf, Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Tadschikistan, freundliche Begrüßungsworte an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie hob die Rolle der Zusammenarbeit zwischen den Ländern Zentralasiens im Hinblick auf den Truppenabzug aus Afghanistan 2014 hervor, sowie dessen bilaterale Zusammenarbeit mit seinem nördlichen Nachbarn Tadschikistan. Damit umriss Frau Hertrampf den Rahmen für die Konferenzbeiträge.

Wolfgang Gehrcke, Außenpolitischer Sprecher der Linksfraction im Bundestag, stellte die Notwendigkeit einer Neudefinition des Sicherheits- und des Stabilitätsbegriffs in den Vordergrund: Ist Sicherheit heute nicht vielmehr sozial als militärisch zu verstehen? Was ist, in Anbetracht der Erfahrung des «Arabischen Frühlings», von einer Stabilität zu halten, die sich als hohl und keineswegs sicher herausstellt? Ein unverzüglicher Abzug der Truppen aus Afghanistan müsse unter Einbezug der Nachbarstaaten durchgeführt werden, ein Waffenstillstand unter den Kriegsparteien selbst ausgehandelt, nicht von außen; die Selbstbestimmung durch die Afghaninnen und Afghanen und eine Verbesserung ihrer Lebensqualität hätten im Zentrum zu stehen. Vor diesem Hintergrund kritisierte er auch die Ausrichtung der Afghanistan-Konferenz («Petersberg II») vom 5. Dezember in Bonn. Arne Seifert, Botschafter a.D. und Zentralasien-Experte, hob die Bedeutung Tadschikistans als einzigem Land der Region hervor, in dem ein Dialog mit Vertretern des Politischen Islam stattfindet (die Partei der Islamischen Wiedergeburt PIWT hält zwei der 63 Sitze im tadschikischen Parlament). Ein solcher Dialog sei in Anbetracht der Bedrohung durch Kräfte des radikalen Islam ein Muster für die gesamte Region. Hierzu äußerte Suhrob Šaripov, das Parlament werde von den Nachbarstaaten wegen der Vertreter der PIWT nicht anerkannt; in den anderen Ländern der Region gebe es keine legale Zusammenarbeit mit Vertretern des Politischen Islam. Šaripov stellte dem Schreckgespenst einer Invasion durch die Taliban nach 2014, die er als unrealistisch einschätzte, die reale Bedrohung einer Islamisierung Zentralasiens durch extremistische Kräfte gegenüber. Wenn jedoch nach dem Truppenabzug Verhandlungen mit den Taliban nötig seien, sei Tadschikistan dazu bereit. Vom

Westen erwarte man Hilfe bei der Bekämpfung einer terroristischen Bedrohung.

Azis Nijazi vom Institut für Orientstudien der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau stellte einem Ranking der wirtschaftlichen Entwicklung in den zentralasiatischen Staaten einen Index der Lebensqualität entgegen. Seine Auswertung führte zur Schlussfolgerung, dass ökonomisches Wachstum nicht zwingend zu einer Verbesserung der Lebensqualität beiträgt. Eine weiterführende Frage – auch für die zukünftige Arbeit der RLS in der Region – ist, welche alternativen Konzepte und Handlungsstrategien mit der Wahrnehmung guter Lebensqualität in Verbindung gebracht werden können und wie diese im Sinne der Selbstbestimmung gestärkt und neoliberal geprägten Transformationsstrategien entgegengehalten werden können.

Chudoberdy Choliknazarov vom ZSF hob die Eignung der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) für eine Vermittlerrolle bei der regionalen Zusammenarbeit nach 2014 hervor. In der darauffolgenden Diskussion erinnerte die Pakistan-Expertin Natalja Zamaraeva aus Moskau daran, dass die SOZ eine Organisation der wirtschaftlichen, nicht der politischen Zusammenarbeit und lediglich als Gast zu bestimmten Prozessen eingeladen worden sei. Die Bandbreite der bisweilen äußerst lebhaft vorgetragenen, durchaus kontroversen Wortmeldungen reichte von Hinweisen des ehemaligen afghanischen Präsidentschaftskandidaten Kufi auf eine geplante Teilung der Russischen Föderation in autonome Staaten über die Feststellung, in Afghanistan sei nicht die Religion das Problem, «die seien doch alle Muslime», sondern die Angehörigkeit zu ethnischen Gruppen und Klans, bis hin zur Frage nach der nationalen Idee in den Staaten Zentralasiens. Die Frage, wie denn das Volk zu ernähren sei, wurde zum Anlass genommen, in die Mittagspause aufzubrechen.

Im Rahmen der Panelsitzung zu militärpolitischen Herausforderungen umschrieb Peter Linke in einer Art wissenschaftlichem Essay den Begriff der «Chaoplexität» als Zusammentreffen maximaler Unüberschaubarkeit (Chaos) auf maximale Verwobenheit (Komplexität) im postkybernetischen Raum, in dem eine Organisation wie die NATO anmüde wie ein Dinosaurier aus dem Kal-

ten Krieg. Abdunabi Sattorov vom ZSF äußerte entschieden die Einschätzung, in Afghanistan stünden geopolitische Interessen der verschiedenen Akteure im Vordergrund, anstelle von Sicherheit und Stabilität für das Land selbst. Zum Abschluss stellte Natalja Zamaraeva pragmatisch fest, unter den Voraussetzungen politischen Willens, regionaler Stabilität und entsprechender Finanzierung könne jedes Projekt durchgeführt werden.

Elena Molčanova von der American University in Bischkek, Kirgisistan, referierte im letzten Konferenzblock «Kultur und Religion» über Rituale und ihre Rolle in der kirgisischen Gesellschaft, in deren traditioneller Vorstellung der Mensch als Teil einer von Geistern der Ahnen belebten Natur verstanden werde. Genauso wie die von Suchra Madamindžanova (ZSF) thematisierte «Volksdiplomatie» in Afghanistan muss dieses Phänomen als Struktur, die zur Friedensstiftung genutzt werden kann, wahrgenommen werden. Der Beitrag von Bulat Auelbaev vom Kasachstanischen Institut für Strategische Studie führte mit der Bearbeitung der Frage «Wer profitiert von der Anwesenheit der Truppen in Afghanistan?» vom Optimismus der vorhandenen Kapazitäten zur Ernüchterung der interessenpolitischen Tatsachen zurück. Abdullo Rachnamo (ZSF) schließlich machte deutlich, dass die westlichen Truppen in Afghanistan nicht als internationale, friedensstiftende Kräfte anerkannt, sondern als Okkupationsmacht wahrgenommen werden und dass es sich bei den Afghanen, die wichtigen Posten bekleiden, um von der «ultratradiationellen» afghanischen Gesellschaft nicht anerkannte, zurückgekehrte «westliche» Auswanderer handelt. Die Regierung, die die Lebensrealität nicht kenne, werde nicht als die eigene betrachtet, sondern als eine «Gastspiel-Besetzung». In der abschließenden, der Lebhaftigkeit der ersten in nichts nachstehenden Diskussion brachte Azis Nijazi zwei Probleme einprägsam auf den Punkt: In Afghanistan herrsche Bakuninsche Anarchie, während die neoliberalen Wirtschaftsbesitzer sowieso nur täten, was sie wollen.

Tiina Fahrni, Referat für Ost-, Mittelost- und Südosteuropa, Rosa-Luxemburg-Stiftung

AUSBLICK

ПОМНИМ – ERINNERN

Nationalismus in Russland - Eine Veranstaltung vom 16. bis 19. Januar 2012 in Zusammenarbeit mit der Gruppe 19. Januar und dem Referent Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit der Stiftung

Am 19. Januar 2009 wurden der Menschenrechtsanwalt Stanislav Markelov und die Journalistin Anastasija Baburova in Moskau auf offener Straße von einem Nazi erschossen. Der Täter und seine Kompliz_innen gehörten zu einer nationalistischen Terrorzelle. Anlässlich des Jahrestages der Ermordung der beiden möchten wir an die zahlreichen Opfer nationalistischer Gewalt erinnern und über Nationalismus in Russland informieren. Außerdem wollen wir ein solidarisches Zeichen setzen gegen Nazi-Terror und die Kriminalisierung engagierter Antifaschist_innen in Russland.

Wir laden zu folgenden Veranstaltungen ein:

Montag, 16. Januar 2012, [Spartacus](#) / [Freiland Potsdam](#)

Любите меня, пожалуйста / Liebt mich, bitte, Ukraine 2010 (OmU)
Filmvorführung der Dokumentation von Valerij Balajan über Anastasija Baburova – ihr Leben, ihr Engagement, ihre Ermordung.
Friedrich Engels Str. 22, ca. 10 Minuten Fußweg vom Hauptbahnhof Potsdam

Dienstag, 17. Januar 2012, [Movimiento](#)
Любите меня, пожалуйста / Liebt mich, bitte, Ukraine 2010 (OmU)
Filmvorführung der Dokumentation von Valerij Balajan über Anastasija Baburova – ihr Leben, ihr Engagement, ihre Ermordung. Der Filmemacher wird anwesend sein.
Kottbusser Damm 22, Berlin, U-Bahnlinie 8 Schönleinstraße

Donnerstag, 19. Januar 2012, Büro der [Naturfreundejugend](#) Berlin
Помнить — значить бороться / Erinnern heißt kämpfen
Informationsveranstaltung und Diskussion zum Thema Nationalismus in Russland sowie zu Strategien gegen Nazis in Russland und Deutschland

mit der Journalistin Nadezhda Prusenkova von der Zeitung «Novaja Gazeta», mit Aleksandr Chernykh, einem Freund der ermordeten Journalistin Anastasija Baburova, der selbst ebenfalls Journalist und Experte für nationalistische Tendenzen in Russland ist, und anderen Referent_innen. Die Veranstaltung moderiert Boris Krumnov von der AG Russland bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Weichselstr. 13/14, Berlin, U-Bahnlinie 7 Rathaus Neukölln oder U-Bahnlinie 8 Hermannplatz

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 19 Uhr.

ZUM NACHLESEN

Alle Publikationen wurden mit Mitteln der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.

Nebojša Popov – Belgrad, 2011

RADNO MESTO POD SUNCEM: RADNIČKE BORBE U SRBIJI

Der Arbeitsplatz unter der Sonne. Arbeiterkämpfe in Serbien

In «Radno mesto pod suncem» werden insbesondere die Auseinandersetzungen der Belegschaft um das in der nordserbischen Provinz Vojvodina liegende Pharmaunternehmen «Jugoremedija» dokumentiert. Die Arbeiter_innen und Angestellten dieses Unternehmens haben sich, entgegen den Absichten der offiziellen serbischen Wirtschaftskonzeption einer forcierten Deindustrialisierung und im Widerstand gegen einen korrupten Investor, dessen »Investitionsstrategie« in einem kleinteiligen Weiterverkauf einzelner Unternehmensteile lag, für einen aktiven Arbeitskampf und für eine Übernahme der Betriebsleitung entschieden und sie repräsentieren zur Zeit das einzige selbstverwaltete Unternehmen in ganz Serbien. In den einzelnen Dokumenten und Artikeln werden nicht nur die verschiedenen Probleme und Hindernisse, die den Arbeiter_innen von Staats- und Bankenseite gemacht worden sind um ihren Versuch einer selbstverwalteten Unternehmensstruktur zu verunmöglichen, eindringlich dargestellt, sondern auch auf die erfolgreichen und selbstinitiativen Projekte der Belegschaft verwiesen, wie etwa

den Bau einer zusätzlichen Forschungs- und Entwicklungshalle oder die Implementierung direktdemokratischer Entscheidungsstrukturen innerhalb der Betriebsleitung.

Zlatoje Martinov – Belgrad, 2011

GDE JE NESTALA ROZA LUKSEMBURG?

Wohin verschwand Rosa Luxemburg?

Der Band «Gde je nestala Roza Luksemburg» geht auf eine von der Rosa Luxemburg Stiftung geförderte wissenschaftliche Tagung am 14. Juni 2011 in Belgrad zurück und beleuchtet wichtige Rezeptionspunkte Luxemburgs innerhalb der jugoslawischen und serbischen Linken. Als Beiträger konnten so prominente Wissenschaftler wie Trivo Inđić, Zagorka Golubović und der in Zagreb lehrende Philosoph Lino Veljak gewonnen werden. Um den Rahmen eines Newsletters nicht zu sprengen, sei hier lediglich exemplarisch auf den Beitrag von Trivo Inđić zur Rezeption der Luxemburgischen Theorieansätze durch das ehemalige Redaktionsmitglied der Zeitschrift »Praxis«, Ljubomir Tadić verwiesen. Dessen intellektuelle Wirkung innerhalb des linksalternativen Künstler- und Studentenmilieus Jugoslawiens, insbesondere in den Sechzigerjahren und zur Zeit der Universitäts- und Fakultätsbesetzung(en) 1968 und den frühen 1970er Jahren, war eminent und sie speiste sich maßgeblich aus der immanenten und notwendigen Gleichzeitigkeit von Demokratie und Sozialismus, wie sie in den Arbeiten von Rosa Luxemburg betont wird. Es wird deutlich, wie aktuell sich die Frage von politischer und ökonomischer Demokratie auf die zeitgenössischen Gesellschaften der Sechziger auswirkte und wie dringend eine Lösung herbeigesehnt worden ist, die den herrschenden Gesellschaftsformationen des liberalen Kapitalismus und des etatistischen Sozialismus eine demokratische und sozialistische Alternative entgegen zu stellen vermochte.

Die Bücher sind über das Belgrader Büro der Stiftung erhältlich und können über stojakovic@rosalux.de bestellt werden.

Kontakte und Impressum

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Zentrum für Internationalen Dialog
und Zusammenarbeit
Referat Ost-, Mittel- und Südosteuropa
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Berlin

Ivo Georgiev
Leiter des Referats Ost-, Mittel- und Südosteuropa
030 44310-446; georgiev@rosalux.de

Projektkoordination :

Dorit Riethmüller / Südosteuropa (derzeit in Elternzeit)

030 44310-414; riethmueller@rosalux.de
vertreten von Krunoslav Stojaković
030 44310-414; stojakovic@rosalux.de

Michael Glaß / Ostmitteleuropa
030 44310-439; glass@rosalux.de

Tiina Fahrni / Osteuropa
030 44310-450; fahrni@rosalux.de

Moskau

Peter Linke
Leiter des Regionalbüros Russische Föderation,
Zentralasien, Kaukasusregion
+7 495 4360 352; petya@rosalux.ru

Warschau

Joanna Gwiazdecka
Leiterin des Regionalbüros Ostmitteleuropa
+48 (22) 5023550; gwiazdecka@rls.pl

Belgrad

Boris Kanzleiter
Leiter des Regionalbüros Südosteuropa
+381-11-3283071; boris.kanzleiter@rosalux.rs

Redaktion: Krunoslav Stojaković